

Die SPD eine bürgerliche Partei

Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale (RSB)



Inhalt:



Vorwort

Die SPD – eine bürgerliche Partei

Austritt nach 52 Jahren

Interview mit dem früheren Bundestagsabgeordneten und Oberhausener SPD-Vorsitzenden Erich Meinike über seinen Austritt aus der SPD

Der Kandidat

Daten zur Geschichte der SPD

Erstdruck: März, 2000

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

RSB/IV. Internationale

Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

Tel./Fax: 0621/1564046, e-Mail: info@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de

Vorwort

Vor der Bundestagswahl 1998 unterstützten PDS und „Erfurter Erklärung“ die Ablösung der Kohlregierung durch SPD-Grüne. Aber auch DKP, VSP oder *Linksruck* sprachen sich für diese „Alternative“ aus. *Linksruck* forderte sogar mit der Parole „Kohl abwählen, Schröder mißtrauen!“ zur Wahl der SPD auf.

Der *RSB/IV. Internationale* lehnt diese Positionen ab. Natürlich mußte Kohl weg. Aber es war völlig falsch, sich für eine kapitalistische Schröder-Fischer-Regierung auszusprechen. In der BRD geht es heute nicht um eine „Arbeiterregierung“, die sich auf eine Bewegung der Arbeiterklasse beruft und stützt. Die Befürwortung einer Regierung SPD-Grüne durch die große Mehrheit der sozialistischen Linken liegt nicht nur an ihrem mangelnden Verständnis des Klassencharakters des kapitalistischen Staates, sondern auch an ihrer falschen Einschätzung der SPD.

Jetzt ist die Enttäuschung groß, auch wenn die PDS dies durch eigene Wahlerfolge überdecken kann. Der neoliberalen Politik Schröder-Fischers stehen die meisten SozialistInnen zwar ablehnend gegenüber, sie ziehen aber keine politischen Konsequenzen. Das Kernstück sozialdemokratischer Regierungspolitik, das neoliberale „*Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit*“, hat die PDS nie abgelehnt. Während sich Gregor Gysi und die Programmkommission in ihren programmatischen Thesen weitgehend zur SPD ausschweigen, sozialdemokratisiert sich die PDS immer weiter. Sie versucht, den Platz im politischen Spektrum einzunehmen, den die SPD verlassen hat.

Der *RSB/IV. Internationale* hat bereits in der *Avanti* vom Januar 1995 die wichtigen Veränderungen der SPD analysiert. Damals schrieben wir: „*Diesen Taten will Scharping jetzt die politischen Ansprüche der SPD anpassen. Ähnliches hat die SPD schon einmal vor 35 Jahren getan. Damals warf sie ihren sogenannten sozialistischen Ballast ab und ging vom sozialistischen Reformismus zum Sozial-Liberalismus über. Heute will die SPD ihren sozialen Anspruch ganz hinter sich lassen. Übrig bleibt der Liberalismus des Marktes mit allen Konsequenzen.*“

Der Hannoveraner Parteitag, die Regierungsübernahme, Lafontaines Scheitern und der Balkankrieg waren wichtige Schritte auf dem Weg der SPD von einer sozialliberalen bürgerlichen zu einer neoliberalen Partei. Zum Teil hinken die Parteitageprogramme der SPD der realen Entwicklung hinterher. Die politischen Unebenheiten werden sicherlich demnächst ausgegült.

Der RSB tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei ein. Wir brauchen eine Partei, die im Betrieb und auf der Straße konsequent die Interessen der 41 Mio. Lohnabhängigen (einschließlich der Erwerbslosen) gegen die 300.000 Kapitaleigner vertritt. Eine solche Partei mit Masseneinfluß gibt es heute nicht. Sie wird auch nicht am grünen Tisch, sondern nur in den Kämpfen der Arbeiterklasse entstehen können. Nur wenn wir an diesen Kämpfen teilnehmen, können wir die Entstehung einer neuen Arbeiterpartei im revolutionär-sozialistischen Sinne beeinflussen.

*Politisches Komitee des RSB
10.2.2000*

Die SPD – eine bürgerliche Partei

Ob eine Partei eine Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt von bestimmten Merkmalen ab: ihren Zielen und ihrer Strategie, ihrer Praxis, der sozialen Zusammensetzung, ihrer Basis, der Organisationsstruktur, den Beziehungen zum Kapital und zum bürgerlichen Staatsapparat, ihrer Geschichte und ihren internationalen Beziehungen.

DAS PROGRAMM DER SPD

Am 10.9.97 arbeitete der SPD-Wirtschaftsrat, ein Gremium von 30 Topmanagern der Wirtschaft, unter Gerhard Schröders Leitung in Dresden einen Leit Antrag für eine neue Wirtschaftspolitik aus. Am 14.9.97 nahm der SPD-Parteivorstand mit nur drei Gegenstimmen bei 42 Ja-Stimmen den Antrag an. „SPD-Chef Oskar Lafontaine erklärte (...), dass die SPD-Spitze Schröders Thesen unterstütze“ (*Handelsblatt*, 16.9.97). Am 4.12.97 verabschiedete der Hannoveraner Parteitag der SPD mit Lafontaines Unterstützung die neoliberalen Wirtschaftsthesen Schröders mit großer Mehrheit. Der Sozialliberalismus wurde durch den Neoliberalismus ersetzt.

Jede reformistisch-sozialistische Partei ist eine bürgerliche Partei, weil sie letztendlich die kapitalistische Ordnung einer sozialistischen Revolution vorzieht. Sie hat einen Doppelcharakter, insofern sie an ihren sozialistischen Zielen festhält und/oder ArbeiterInnen klassenmäßig organisiert. Die SPD hat ihren Doppelcharakter bereits 1959 mit der Annahme des Godesberger Programms verloren. Damals schrieben unsere GenossInnen: „Das Godesberger Programm ist eine Absage an den letzten Rest sozialdemokratischen Denkens. Anstelle der alten reformistischen Vorstellung 'über Reformen und Demokratie zum Sozialismus' zu kommen, ist das uneingeschränkte Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie selbst getreten. Das Programm besteht aus Abfallprodukten der verschiedenen Schulen der bürgerlichen Ideologie...“ „Eine seit Jahren verfolgte Praxis wurde 'programmatisch' zementiert mit dem Ziel, die sozialdemokratische Politik und Praxis durch Vorstellungen einer sozial-liberalen Volkspartei zu ersetzen, mit Anpassung an das Denken der von der Bourgeoisie manipulierten Wähler und seiner Scheinwelt. Es ist das Bekenntnis zur bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft, zu ihrem Staat und dessen militärischen Verteidigung nach innen und nach außen. Alle im Programm angesprochenen Veränderungen in Staat und Gesellschaft bewegen sich im Rahmen dieser Konzeption.“ Seitdem sieht die SPD zwischen den Kapitaleignern und den Lohnabhängigen keinen Klassengegensatz mehr. Sie erkennt weder die eigenständigen Klasseninteressen der Arbeiterklasse an noch den

tagtäglich stattfindenden Klassenkampf zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die programmatischen Aussagen der SPD bleiben völlig im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die gestaltet werden soll. Mit Godesberg ist die SPD zu einer (sozial-) liberalen bürgerlichen Partei geworden.

DIE PRAXIS DER SPD

Die praktische Politik der SPD ist an den Interessen der großen und kleinen Kapitaleigner und den allgemeinen Interessen des deutschen Imperialismus ausgerichtet. Im Balkankrieg hat die SPD zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht nur einem Krieg zugestimmt, sondern ihn mitgeführt. De facto gab es ein „Bündnis für Krieg“ von SPD-Grünen-CDU-CSU-FDP-Kapitalverbänden-DGB. Der Unterschied zwischen SPD und CDU liegt in der *Form* und nicht im Inhalt. Beide vertreten die Politik des Neoliberalismus. Diese Politik setzen SPD und Grüne aber nicht über die Konfrontation mit der Arbeiterbewegung durch, sondern über eine vertiefte Klassenzusammenarbeit („Bündnis für Arbeit ... und Wettbewerbsfähigkeit“). Der Bruch Lafontaines mit Schröder erfolgte, weil ersterer die neoliberale Politik der Bundesregierung mit einem gewissen sozialen Ausgleich verbinden wollte. Diesen Ausgleich erwarteten auch Teile der Arbeiterklasse, die sich bei den Landtagswahlen 1999 der Stimme enthielten und damit gegen Schröders sozialen Kahlschlag protestierten. Ohne eigene politische Alternative und von Lafontaine im Stich gelassen, ist der sozialliberale Flügel in der SPD schwach, demoralisiert und zu jeder neuen Kapitulation bereit. In der SPD steht nicht die Neubelebung des sozialliberalen Flügels an, sondern die Anpassung des Programms an die neoliberale, kapitalistische Praxis.

DIE „STRATEGIE“ DER SPD

Über eine Strategie im sozialistischen Sinne verfügt die SPD nicht. Wer das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht abschaffen will, braucht auch keinen Weg zu einer anderen Gesellschaft. Die „Strategie“ der SPD ist längst zur bürgerlichen Wahlstrategie verkommen, wie sie auch von CDU oder FDP verfolgt wird. Auch dabei sind natürlich Entwicklungen möglich. So wird die SPD immer mehr zu zum Kanzlerwahlverein, der einen Wahlkampf nach US-amerikanischem Entpolitisierungsmuster führt.

DIE SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG DER SPD

In der Mitgliedschaft der SPD sind die ArbeiterInnen deutlich geringer vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Angestellte und Beamte aus dem öffentlichen Dienst stellen 40 Prozent des SPD-Funktionärskörpers. Je höher die Parteihierarchie, desto weniger ArbeiterInnen zählt sie und um so mehr Staatsbedienstete. Die SPD ist längst mit dem Staatsapparat verschmolzen. Da Angestellte und Beamten im Öffentlichen Dienst dem Staat als „Arbeitgeber“ gegenüberstehen, entwickeln sie in Streiks kaum das Bewusstsein, dass der Hauptkonflikt in der Gesellschaft zwischen Arbeiterklasse und Kapitaleignern besteht. Die Entfernung jeglichen marxistischen, sozialistisch-reformistischen und klassenkämpferischen Denkens aus der SPD ist mit dem Aufstieg dieser staatlichen Beschäftigten zur Partei beherrschenden Schicht verbunden. Soweit noch vorhanden und nicht

integriert, geben die Arbeitermitglieder, die 1972 für Willy Brandts „Reformpolitik“ streikten, heute ihre Parteibücher zurück. Die SPD ist ihrer sozialen Zusammensetzung nach keine proletarische Partei mehr.

DIE ORGANISATION DER SPD

Sie stützt sich auf die Säulen Staatsbürokratie, Parlamentsfraktionen, Parteiapparat, Stiftung, Beziehungen zur Wirtschaft und – mit starken Einschränkungen – auf einen Teil der Gewerkschaftsbürokratie. Die Arbeitsgemeinschaften (*Jusos*, *AfA*) haben innerhalb der SPD vollends ihre Funktion verloren und sind nur ein Schatten früherer Tage.

Von entscheidender Bedeutung für den Wandel der SPD von einer reformistisch-sozialistischen Partei mit Doppelcharakter zu einer sozialliberalen Partei war ihr Verzicht, nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Klassenorganisationen neu aufzubauen. Im 19. Jahrhundert und auch noch in der Weimarer Republik lebten die SPD-Mitglieder und Sympathisanten von der Wiege bis zur Bahre in einer Art Gegengesellschaft. In Arbeitersport- und Arbeiterkulturvereinen waren Hunderttausende organisiert. Allein der Arbeiterradsportbund zählte über 200.000 Mitglieder. Die SPD besaß Dutzende Tageszeitungen und noch 1951/52 konnte sie 21 Tageszeitungen aufzählen. Von all dem ist nichts übriggeblieben. Mit den Arbeitervereinen verschwanden die sozialdemokratischen Stützen in der Arbeiterklasse und damit das sozialistische Klassenbewußtsein der von der SPD beeinflussten Massen.

Heute wird die SPD nicht einfach von einer materiell privilegierten Partei- und Staatsbürokratie beherrscht, sondern von deren Spitze. Ausdruck davon ist die Doppelfunktion des Bundeskanzlers Schröder als Kanzler und Parteivorsitzender. Der sozialliberale Flügel der SPD (*Frankfurter Kreis*) ist mit dem Abgang Lafontaines sehr geschwächt worden und hat kaum Einfluß. Eine gewisse Erneuerung wäre in der Opposition nicht völlig ausgeschlossen, ist heute aber nicht absehbar. Einen sozialistisch-reformistischen Flügel gibt es in der SPD seit langem nicht. Die Parteiorganisation der SPD ist die einer normalen bürgerlichen Partei. Sie umfaßt keine Klassenstrukturen mehr.

DIE SPD UND DER STAATSAPPARAT

Die SPD ist weitgehend mit dem Staatsapparat verschmolzen. Staatsbeamte stellen die Führung der Partei (Kanzler und SPD-Minister, die SPD-Regierungschefs der Länder, Fraktionsspitzen). Diese privilegierte Schicht beherrscht die Partei völlig. Wichtige Entscheidungen über Kanzlerkandidaten fallen nicht auf Parteitag, sondern wie wir Lafontaines Buch „Das Herz schlägt links“ entnehmen können im engsten Kreis beim Abendessen oder an der Theke.

Finanziell ist die SPD zu ca. 80 Prozent von Staatsknete abhängig. Dabei bekommt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) mehr Staatsknete als die Partei. Allein 1991 betrug der Zuschuß für die FES rund 201 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt. Damit konnte sie im gleichen Jahr 767 Hauptamtliche beschäftigen. Davon arbeiteten 404 in ihrer Bonner Bundeszentrale, 237 in den Landesbüros und 126 in 74 Außenstellen in aller Welt. Zum Ver-

gleich: Die SPD beschäftigte 1993 in ihrer Zentrale und ihrer Bundestagsfraktion 562 hauptamtliche Mitarbeiter.

Die SPD ist aber nicht nur mit dem Staatsapparat verschmolzen, sondern auch mit Teilen des Finanzkapitals z.B. mit der viertgrößten Bank der BRD, der Westdeutschen Landesbank. Bei der WestLB als Zusammenschluß der Sparkassenverbände, Landschaftsverbände und des Landes NRW ist fast das gesamte Management vom einfachen Sparkassenleiter bis zum Vorstandsvorsitzenden sozialdemokratisch. In einem Sparclub treffen sich gut zwei Dutzend führende Politiker wie Clement, Schleußer und Rau mit Wirtschaftsbossen wie Neuber und spekulieren mit Aktien...

Innerhalb der SPD hat heute der mit 30 Managern von Großkonzernen besetzte Wirtschaftsrat erheblich mehr Einfluß als der SPD-Gewerkschaftsrat mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. So hatte Gerhard Schröder mit den SPD-Managern die neoliberalen Wirtschaftsthesen ausgearbeitet, die später vom Hannoveraner Parteitag der SPD angenommen wurden und jetzt Grundlage der Regierungspolitik sind.

DIE GESCHICHTE DER SPD

Die zentristische* SPD verwandelte sich mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten der monarchistischen Regierung im August 1914 in eine Hauptstütze des Bürgertums und des Imperialismus. Ohne die SPD wäre die bürgerliche Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg zusammengebrochen. Weitere Wendepunkte in ihrer Geschichte waren: 1933 kampflose Kapitulation vor Hitler und der Versuch, sich dem nationalsozialistischen Regime anzupassen; Verzicht auf Neugründung ihrer Klassenorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg; Übergang vom sozialistischen Reformismus zum Sozialliberalismus 1959; Übergang vom Sozialliberalismus zum Neoliberalismus in den Jahren 1995 bis 1999. Auch von ihrer geschichtlichen Entwicklung ist die SPD keine Arbeiterpartei, sondern eine bürgerliche Partei.

DIE INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN DER SPD

Die SPD fördert weltweit über die halbstaatliche *Friedrich-Ebert-Stiftung* und die *Sozialistische Internationale* alle möglichen nicht-revolutionären, bürgerlichen Strömungen und Organisationen. So hob die SPD vor der portugiesischen Revolution 1974/75 in Bad Godesberg die Sozialistische Partei Portugals aus der Taufe. Heute unterstützt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* auf den Philippinen die Organisation *Bisig*, um sie als Alternative zur starken revolutionären Linken aufzubauen. Die FES ist ein Instrument des BRD-Imperialismus.

* Als zentristisch wird in der Arbeiterbewegung eine Partei bezeichnet, die zwischen Reform und Revolution hin und her schwankt. Der Zentrismus ist eine vorübergehende Erscheinung. Das dafür klassische Beispiel ist die USPD von 1917 bis 1922.

ZUSAMMENFASSUNG:

Die SPD ist eine durch und durch bürgerliche Partei. In ihren Zielen vertritt sie die herrschende kapitalistische Politik des Neoliberalismus und setzt sie in der Praxis über das „*Bündnis für Arbeit ... und Wettbewerbsfähigkeit*“ um. Der sozialliberale Flügel in der SPD ist kaum existent, einen sozialistisch-reformistischen Flügel gibt es nicht mehr. Die SPD ist mit dem Staatsapparat und mit Teilen des Finanzkapitals verschmolzen. Sie wird überwiegend vom Staat finanziert und übt darüber ihren politischen Einfluß aus. Mitgliedsstruktur, Parteiparat und Parteiführung spiegeln diese Entwicklung wieder.

Austritt nach 52 Jahren

Interview mit dem Genossen Erich Meinike, dem früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und SPD-Vorsitzenden von Oberhausen zu seinem Austritt aus der SPD.

Avanti: Erich, Du bist nach langen Jahren Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten und hast eine Erklärung gegen den Krieg [der NATO gegen Jugoslawien] veröffentlicht. Kannst Du Deine Beweggründe noch einmal kurz zusammenfassen?

E. Meinike: Ich bin ja schon seit längerem mit der politischen Entwicklung der SPD unzufrieden, aber den konkreten Anlass zum Austritt hat gegeben, dass die SPD den NATO-Luftangriffen gegen Jugoslawien zugestimmt hat und auch den Einsatz deutscher Soldaten befürwortet. Das war und ist für mich die schwerwiegendste Fehlentscheidung der SPD nach 1945 und auch die größte Verletzung ihres Parteiprogramms.

Avanti: Ich würde ja sagen 'herzlichen Glückwunsch' zum Austritt, aber der Schritt ist Dir, glaube ich, nicht leicht gefallen, nach wieviel Jahren in der SPD?

E. Meinike: Ich bin seit 1947, das ist seit 52 Jahren, Mitglied in der SPD, war Jahrzehnte lang, 20 Jahre und länger in unterschiedlichen Funktionen in der Partei. Ich habe angefangen vom Hauskassierer bis zum Unterbezirksvorsitzenden 1968 bis 1978 und schließlich auch die 13 Jahre als Mitglied im Deutschen Bundestages von 1969 bis 1983, mit viel Engagement und auch Fleiß, wenn ich das im Nachhinein sagen darf. Und wenn du 50 Jahre und noch länger in einer Partei Mitglied bist, da hast du ja viele Freundschaften geschlossen, Sympathien erfahren und auch Kritik und dann ist der Austritt eine schwere

Entscheidung.

Viele fragen mich „mußte das denn sein?“ wie jetzt auf dem Bundeskongreß der *Falken*. Das war jetzt kein Spießrutenlaufen. Aus dem offiziellen Bereich der SPD gab es bisher keine Reaktion. Ich habe auf dem Falkenkongreß gefragt, ob sich die *Falken* mich noch weiter leisten können, als Vorsitzenden des Trägervereins ihrer Bildungsstätte in Oer-Erkenschwick, da ich mich aus dem Kreis der SPD verabschiedet hätte. Dann habe ich aus meiner Austrittserklärung zitiert, dass die Zustimmung zu den Kriegseinsätzen der Bankrott der SPD in der Außenpolitik ist und habe dann viel Beifall bekommen.

Und die *Falken* haben ja dann auch selbst den sofortigen Stop der Bombardierungen gefordert.

Avanti: Du bist schon einmal aus den *Falken* ausgeschlossen worden, aber später wieder eingetreten?

E. Meinike: Beim Beginn der Ostermärsche 1959, 1960 gab es einen Vorstandsbeschuß der *Falken*, der so schizophren war: Die Teilnahme am Ostermarsch war erlaubt, aber die Unterstützung des Ostermarschs in Komitees, in Ausschüssen war unvereinbar mit der Mitgliedschaft bei den *Falken*. Dagegen haben sich die Oberhausener *Falken* gewandt, den Beschuß nicht anerkannt und dann sind wir ausgeschlossen worden. Jahre darauf haben die *Falken* selber ihre Position geändert und da konnte ich wieder eintreten.

Avanti: 1978 hast Du im Bundestag gemeinsam mit den Abgeordneten Lattmann, Hansen und Coppik gegen die „Anti-Terror-Gesetzgebung“ der Schmidt-Regierung gestimmt. Was waren deine Gründe?

E. Meinike: 1976, 77, 78 gab es ja die Auseinandersetzungen mit der RAF. Da stand die Frage an, ob die staatlichen Mittel ausreichen, um mit diesem Problem fertig zu werden. Wir hatten ja vorher schon eine Reihe Veränderungen im Strafrecht etwa 1972 die Berufsverbote usw. Es gab stetige Verschlechterungen der Rechte des Bürgers. Dann ist das Kontaktparagraphe Ende 1977 verabschiedet worden. Die Kontaktsperre war unter Justizminister Vogel bereits in der Praxis vollzogen worden und da gab es bereits Widerstand in der SPD-Fraktion und auch in der FDP-Fraktion. Und nach der Schleyer-Entführung ging es beim „Anti-Terror-Gesetz“ erheblich zur Sache mit dem Ausschluss von Verteidigern, Trennscheiben usw. Da wurde ins Strafrecht so enorm eingegriffen, dass wir gesagt haben: Diese Eingriffe stehen in keinem Verhältnis zu den Mitteln, die man schon hat. Sie engen die einzelnen Rechte des Bürgers erheblich ein. Am Ende blieben aber nur vier Abgeordnete der SPD über, die dagegen stimmten.

Avanti: Hansen und Coppik waren dann Mitbegründer der *Demokratischen Sozialisten* (DS). Du bist nach der Abstimmung hier in Oberhausen aus allen Ämtern abgesägt worden?

E. Meinike: Das war später, da gab es auch noch andere Abstimmungen wie die Vermögenssteuersenkung oder bei dem Versuch, den Verteidigungshaushalt um 1 Mrd. DM zu kürzen, da waren wir 24 Abgeordnete mit Gerhard Schröder, Renate Schmitt und Ottmar Schreiner. Ich bin dann 1980 noch einmal als Bundestagskandidat hier nominiert

worden, aber aus dem Vorstand des Unterbezirks Oberhausen rausgeflogen. Da war ich schon überrascht. Drei Jahre später bin ich dann endgültig geschasst worden.

Avanti: Wie würdest Du die Unterschiede sehen in der SPD zwischen den 50er/60er Jahren, den frühen 70ern und heute? Die SPD hatte bis in die 60er Jahre hinein eine Arbeiterbasis, auch viele Funktionäre waren Arbeiter. Hier veränderte sich die soziale Basis und es gab die politischen Veränderungen mit dem Godesberger Programm. Wie hat sich vor diesem Hintergrund der linke Flügel der SPD entwickelt?

E. Meinike: Ich würde die Entwicklung der SPD ab 1945 nicht als einen stetigen Niedergang, nicht als eine stetige Anpassung erklären. Im Gegenteil. Auch die 50er Jahre waren geprägt von einem unerhört starken Antikommunismus bis hinein in die Arbeiterbasis. Natürlich war die soziale Zusammensetzung damals anders als später, als die SPD in den Städten in NRW stark wurde. Im Ruhrgebiet ist die SPD ja erst in den 50er, 60er Jahre zu ihren Mehrheiten gekommen. Sie aber als kritischer oder linker zu bezeichnen, würde ich nicht so sehen. Sie war damals vor allem außerordentlich stark antikommunistisch geprägt. In den 50er Jahren gab es allerdings eine stärkere kontroverse Debatte um die Frage der Landesverteidigung, Kampf dem Atomtod. Und beim Godesberger Programm gab es am Ende ja nur 16 Gegenstimmen gegen das ganze Programm, bei dem Abschnitt Landesverteidigung aber fast 1/3 Gegenstimmen. Von einer gewissen Wiederbelebung der Linken in der SPD kann man eigentlich Ende der 60er Jahre sprechen. Ostermarschbewegung, Kampf den Notstandsgesetzen, der Vietnam-Krieg und natürlich die Studentenbewegung, die natürlich auch in die SPD Bewegung brachten. Und auch meine Wahl zum Bundestagsabgeordneten 1969 war auch ein Ergebnis der Konflikte der Studentenunruhen, von einem erheblichen Diskussionsprozeß in der SPD. In meiner Erinnerung war das die bewegendste Zeit. Damals galt ja 1/3 des SPD-Vorstands als links wie Peter von Oertzen, Jochen Steffen usw.

Avanti: Was sind die Mechanismen in der Partei, die aus Jusos mit revolutionärem Anspruch à la Schröder Kriegstreiber machen?

E. Meinike: Ich glaube die SPD ist nie richtig fertig geworden mit dem alten Vorwurf der „vaterlandlosen Gesellen“, dem Problem ihrer Staatsorientierung. Auch bei der Bundesregierung sind doch die ehemaligen Jusos Schröder, Scharping, Wiezoreck-Zeul in Regierungsfunktionen. Die gebärden sich ja schlimmer als alle anderen, den Beweis zu führen, dass sie staatsorientiert sind, die loyalsten Bürger der Republik sind. Sie übertreiben sich fast darin, ihre Staatstreue zu dokumentieren, den Nachweis zu führen, wie wirklich vaterlandstreu sie sind. Das prägt sie auch bei der Frage Krieg und Frieden.

Es gibt jetzt die These von Arno Klönne, man könne eigentlich gar nicht in der SPD die Unterscheidung zwischen links und rechts treffen. Man müsse unterscheiden zwischen Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern. Ich sehe durchaus diese Unterscheidung, aber ich würde damit nicht die Frage links und rechts als überholt betrachten. Es gibt da einen Voscherau, den ich für einen klassischen rechten Sozialdemokraten halte, der nichts von Vergesellschaftung etc. wissen will, der in der Kosovo-Frage eine eindeutig ablehnende

Position einnimmt. Die Diskussion über Krieg und Frieden ist sicherlich auch eine gesellschaftliche, die sich mit Ökonomie, mit Sozialismus oder mit Interessen des Kapitals nach wie vor verbindet. Ich kann den Krieg nicht loslösen von den Interessen des Kapitals.

Natürlich gibt es Auswirkungen durch die Situation seit 1989/90, nach dem Zusammenbruch der DDR, es gibt einen radikalen Bruch auch in der SPD, an Sozialismus denkt man nicht mehr, man hat ihn aufgegeben. Nimm den Kurs von Schröder, Hombach, Clement, der auf die Unternehmenssteuerreform im Jahr 2000 drängt. Von daher sehe ich keine Chance, dass sich in der SPD etwas verändert, verbessert, geschweige denn, dass man in der SPD noch eine Chance hat, Veränderungen zu erreichen. Von innen heraus wirst du in dieser SPD in absehbarer Zeit nichts bewegen, nichts verändern können. Es müßte schon außerparlamentarisch sein, da hoffen wir ja immer noch darauf, nämlich mit Druck etwas zu bewegen, auch in den Gewerkschaften, die sich ja auch zur Zeit nun wirklich nicht mehr an Grundsatzlosigkeit überbieten lassen. Da haben die Schröder, Hombach und Clement eindeutig Position bezogen und haben dafür auch eine große Mehrheit in der SPD. Da denkt keiner mehr an Sozialismus. Das ist nur noch eine Fassade im Programm. Einige wissen, wo sie hinwollen, das ist ja nicht substanzlos. Hombach ist ja nicht substanzlos. Die haben eine Konzeption. Die ist eindeutig neoliberal. Und der große Rest in der SPD ist so substanzlos und die paar Jusos sind saft- und kraftlos. Da erklärt der neue Juso-Vorsitzende Mikfeld, die BRD braucht eine neue Linke. Wo meint er denn jetzt die neue Linke bilden zu müssen? In der SPD doch wohl nicht.

Avanti: Die Strukturen der SPD, Parteiapparat, Parteibürokratie, da kommt mensch doch auch gar nicht mit Veränderungen durch?

E. Meinike: Die Hauptamtlichenstruktur ist sehr gefestigt. Der Parteiapparat in Bonn, Landes- und Bezirksverbände und dann die Sekretäre an den Orten. Das ist ein Machtfaktor. Die meisten Hauptamtlichen wollen ihren Job ja auch auf Lebenszeit ausüben. Es sei denn es gibt da eines Tages andere lukrativere Beschäftigungen in Form von Vorstandsplätzen bei Verkehrsgesellschaften, Energieunternehmen usw. Die reichen aber nicht für alle Sekretäre. Die haben eine Doppelrolle zu spielen. Sie müssen parieren nach oben und für Ordnung sorgen in dem Laden. Daneben gibt es eine Menge, die ehrenamtlich in der Partei arbeiten. Die neben diesem Ehrenamt so viele Funktionen und Ämter aufgehäuft haben, von denen aus sie Macht ausüben und an denen sie natürlich auch hängen und kleben. Sie sind meist im öffentlichen Dienst beschäftigt. Da ist die Abhängigkeit von den jeweiligen Ratsfraktionen, umgekehrt sind sie als Verwaltungsbeamte dort Zuarbeiter der Stadtverordneten. Die gesamte SPD in NRW ist vom öffentlichen Dienst geprägt. Bei den Aktiven, die den SPD-Ortsverein noch besuchen, dominiert von den Teilnehmern her die öffentliche Hand, die wiederum ihre Delegierten wählen, aus demselben Klüngel heraus. Das Oberhausener Rathaus hat ca. 600 SPD-Mitglieder, d.h. da ist jeder dritte Beschäftigte Mitglied der SPD. Sie sind z.T. passiv, aber brav, abrufbar und ihr Verhalten ist angepaßt. Einzelne Funktionäre ziehen die Strippen als Personalratsvorsitzende in Abstimmung mit den örtlichen SPD-Parteivorsitzenden. Und die Strippen, die so gezogen werden, entscheiden dann über dein berufliches Schicksal oder deine berufliche Karriere. Du bekommst

hier auch nichts bewegt. Du merkst auch dann, wenn du mit diesen Leuten mal über nicht örtliche Probleme diskutieren willst, über bundespolitische Fragen, die hören gar nicht hin, die wollen gar nicht.

Avanti: Die sozialistische Linke in (West-) Deutschland muß ganz unten wieder anfangen. Hast Du ein paar Tips?

E. Meinike: Dass die Linke in einer erheblichen Schwächeposition ist, das ist richtig. Aber wir kommen ja nicht aus dem Nichts. Es sind ja Reste der sozialistischen Linken da. Versprengte Überbleibsel, auch mißratene Entwicklungen, Sprengsel. Die Frage ist: Kann man die unter einen Hut bringen oder sollte man das überhaupt? Besteht dafür überhaupt eine Notwendigkeit, sie zu sammeln? Nach meiner Meinung bekommst du die nicht unter ein organisatorisches Dach, auch nicht politisch. Da sollte es eine gewisse punktuelle Zusammenarbeit geben, ein Zusammenfinden z.B. gegen den Krieg. Oder in den Gewerkschaften möglicherweise mit einer Plattform oder so etwas ähnlichem wie die „Erfurter Erklärung“ es mal war – in außerparlamentarischen Bewegungen, wobei ich es natürlich auch für notwendig halte, die parlamentarische Ebene wahrzunehmen. Da haben wir ja die PDS, die ich durchaus als sozialistische Linke bezeichnen würde. Und diese ganzen Gruppen sollten nicht vorrangig gegeneinander kämpfen, sondern punktuell zusammenarbeiten, aber sie sollen durchaus ihre Unterschiede austragen, das ist sogar wertvoller als je.

Der Kandidat

Der folgende Artikel wurde in der Avanti im März 1998 veröffentlicht.

Gerhard Schröder ist der Kanzlerkandidat der SPD. Sein Erfolg ist nicht das überraschende Ergebnis einer Landtagswahl, auch wenn ihm sein Abschneiden in Niedersachsen den Weg nach oben leichter machte. Schröders Kandidatur war von langer Hand vorbereitet und von Lafontaine längst abgesegnet. Als *Juso*-Chef war Schröder ein Wortführer der sogenannten Antirevisionisten, d.h. jenes Flügels der SPD-Jugend, der sich als revolutionär und sozialistisch verstand, um dann seine Ideale für eine Karriere als Abgeordneter zu opfern. Als Landtagsabgeordneter galt Schröder als Hoffnungsträger der parlamentarischen SPD-Linken aus dem *Frankfurter Kreis*, um sich überraschend vom Fraktionsvorsitzenden und Rechtsaußen der Niedersachsen-SPD Bruhns zum Kandidaten für den Ministerpräsidenten küren zu lassen. Als Ministerpräsident forderte Schröder dienstags vor der SPD-Landtagsfraktion „tiefe Einschnitte in den Sozialstaat“, um sich am folgenden Donnerstag

mit dem Firmenjet von VW-Chef Piech kostenlos zum Wiener Opernball fliegen zu lassen. Schröder ist der ideale Kanzler des Kapitals.

Die Waschmittelwerbung seiner Wahlkämpfe überdeckt die Inhalte, für die Schröder sich stark macht. Schröder steht für die Einschränkung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für die Privatisierung des öffentlichen Dienstes, für Steuererleichterungen und Kostensenkungen für die Unternehmer. Schröder steht für den Abbau der demokratischen Rechte, für Stammtischparolen gegen Einwanderer, für die Demontage des Asylrechts und für den Großen Lauschangriff. Schröder steht für die Europäische Union und für die Weltgeltung des imperialistischen Deutschlands, für Aufrüstung und den Einsatz der Bundeswehr im Ausland. Mit einem Satz: Schröder steht für die konsequente Fortsetzung der Politik Kohls unter dem Namen Schröder. Und hinter Schröder steht der SPD-Wirtschaftsrat mit 30 Top-Managern aus deutschen Großunternehmen.

Für viele Sozialdemokraten ist Schröder Hoffnungsträger. Den einen soll er früheren Einfluß und Wahlerfolge zurückbringen, obwohl die SPD im 5-Parteien-System eingemauert ist. Die anderen brauchen Schröder als starken Mann, mit dessen Ideologien sie als Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre ihre tägliche Zustimmung zu Kündigungen und Lohnabbau rechtfertigen können. Doch ihre Hoffnungen sind auf Sand gebaut. Eine Schröder-Regierung kann zwar die Gewerkschaftsbürokratie zum Stillhalten veranlassen. Aber seine neoliberale Politik, sollte er Kanzler werden, wird die SPD ins Desaster führen, die Rechtsparteien stärken und die ArbeiterInnen zur Gegenwehr zwingen.

Unter Bebel war die SPD eine Arbeiterpartei, die die Interessen der Lohnabhängigen vertrat. Unter Ebert wurde sie zur reformistischen Arbeiterpartei, die in Worten auf eine sozialistische Gesellschaft vertröstete. Nach Godesberg gab sie den Traum vom Sozialismus auf und wurde zur Partei des angeblichen sozialen Ausgleichs zwischen Arbeit und Kapital. Unter Schröder streicht die SPD ihren sozialen Anspruch und stellt die Interessen des Kapitals als allein seeligmachend für alle dar. Mit Schröder kopiert die SPD Tony Blairs „moderne“ Variante des Thatcherismus und will noch bestehende gesellschaftliche Hindernisse für die schrankenlose Ausbeutung durch das Kapital „sozial verträglich“ überwinden. Die SPD ist längst kein Werkzeug mehr zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse. Die SPD ist nicht mehr sozial. Die SPD ist nicht mehr demokratisch. Wir brauchen eine neue Arbeiterpartei, die den Widerstand gegen den Kapitalismus und seine Folgen fördert und organisiert.

*Politisches Sekretariat des RSB
24.3.1998*

Daten zur Geschichte der SPD:

- 1863** Ferdinand Lassalle gründet den *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV), die erste Arbeiterpartei mit Masseneinfluß.
- 1878-1890** Die SPD wird durch Bismarcks Sozialistengesetze unterdrückt. Ihre Mitglieder radikalisiert sich.
- 1891** Die SPD nimmt in Erfurt ein marxistisches Programm an.
- 1898** Bernstein will die marxistische Orientierung revidieren und tritt für einen Weg der Umwandlung des Kapitalismus durch Reformen ein. Bildung eines rechten Flügels aus Parlamentariern und Gewerkschaftern.
- 1905** Nach der russischen Revolution beschließen auf einer Geheimkonferenz der Parteivorstand und die Gewerkschaftsführung die Verhinderung von Massenstreiks für eine Wahlrechtsreform.
- 1906** Der Mannheimer Parteitag erklärt die sozialdemokratischen Gewerkschaften für unabhängig von der SPD. In den folgenden Jahren bilden sich in der Partei drei Strömungen: der rechte Flügel der Reformisten, das Zentrum mit dem Parteiapparat um Bebel-Kautsky und ein schwacher linker Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.
- 2. August 1914** Die Gewerkschaften brechen alle Streiks ab.
- 4. August 1914** Die SPD stimmt den Kriegskrediten zu. Der Apparat geht zu den Rechten über.
- Ostern 1917** Gründung der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* (USPD). Abspaltung des *Spartakusbundes*.
- Novemberrevolution 1918**
Die SPD verteidigt die bürgerliche Republik. Im Auftrag der SPD-Regierung Ebert organisiert ihr Mitglied Noske die Niederschlagung revolutionärer ArbeiterInnen. Mit den Worten „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht“, nimmt Noske den Auftrag an.
- 15. Januar 1919** Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden nach Rücksprache reaktionärer Offiziere mit Noske ermordet. Im März 1919 ermorden Reichswehrtruppen in den Arbeitervierteln Berlins 2.000 Personen.
- 1919** Niederschlagung der Münchener Räterepublik durch Reichswehrtruppen und Freikorps. Hunderte Tote.
- 13. Januar 1920** Die Polizei schießt auf Arbeiter, die gegen das Betriebsverfassungsgesetz demonstrieren. Es gibt 42 Tote und 100 Verwundete.
- 1920** Gegen den reaktionären Kapp-Putsch ruft die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung erfolgreich zum Generalstreik auf.
- 1923** Die SPD-Reichsregierung setzt gegen die SPD-KPD-Landesregierungen von Thüringen und Sachsen Reichswehrtruppen ein.

- 1931** Abspaltung der linkssozialistischen SAP.
- 20. Juli 1932** Die preußische SPD-Landesregierung läßt sich widerstandslos von der Reichsregierung von Papens absetzen.
- 21. März 1933** Der Parteivorsitzende Otto Wels bezeichnet in einer Rede gegen das Ermächtigungsgesetz Hitler als „Mann der Arbeiterklasse“ und bietet zwei Tage später den Nazis die loyale Mitarbeit an.
- März/April 1933** Die Gewerkschaftsführung distanziert sich von der SPD, holt die im Ausland angelegten Gelder zurück und ruft zur Teilnahme an den offiziellen Maifeiern des Regimes auf.
- 17. Mai 1933** Die SPD stimmt im Reichstag für Hitlers „Friedensresolution“. Ihre Abgeordneten singen zusammen mit den Nazis das Deutschlandlied.
- Mai/Juni 1933** Die SPD im Reich distanziert sich von der Exil-SPD und wählt einen neuen Parteivorstand. Sie tritt aus der II. Internationale aus.
- 1945-48** Die SPD verzichtet darauf den Wiederaufbau ihrer Arbeiterkultur zu organisieren.
- 1956** Mit dem Godesberger Programm geht die SPD vom sozialistischen Reformismus zum sozialen Liberalismus über.
- 1995-99** SPD geht vom Sozialliberalismus zum Neoliberalismus über.



Die monatlich erscheinende Zeitschrift des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) berichtet regelmäßig über Themen aus Betrieb und Gewerkschaften, zur Innenpolitik und zu internationalen Themen. Im Zentrum steht dabei die Abwehr der Angriffe des Kapitals und seiner Regierung auf die Arbeiterklasse. Außerdem setzen wir uns mit der Politik der bürokratisierten Gewerkschaften, der neoliberalen SPD und der sozialistisch-reformistischen PDS auseinander.

Zu bestellen über
das zentrale RSB-Büro: RSB, Verbindungskanal/
Linkes Ufer 20-24,
68159 Mannheim

oder e-Mail: avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)	34,- DM
Halbjahresabo	17,- DM
Förderabo	50,- DM
Probeabo (3 Ausgaben)	5,- DM

Den Betrag bitte auf das Konto 544 904 901 bei der Volksbank Hameln-Pyrmont (BLZ 254 621 60) überweisen.

Preis: 1,- DM



Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale (RSB)